

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Band: 54 (1971)
Heft: 10

Artikel: Religion und Rassismus
Autor: Morf, Max P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-411952>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

immer und überall gegen den Fortschritt von Wissenschaft, Moral und echter Humanität. Sie waren immer Helfershelfer der Privilegierten und Mächtigen. Trotzdem oder gerade deshalb enthält Russells Essay «Warum ich kein Kommunist bin» (1956) kurz und präzise alles Wesentliche, was ge-

gen Marx, Marxismus und dessen Weiterentwicklung unter Lenin und Stalin zu sagen ist. Russell schreibt vielfach ähnlich wie Voltaire: witzig und treffsicher.

Zusammengestellt von
Günter Oskar Dyhrenfurth

Kirche und Entwicklungshilfe

Seit einiger Zeit müssen die helvetischen Bürger ein wahres Propagandatrommelfeuer über sich ergehen lassen, ja recht brav und viel Hilfe zu Gunsten armer Entwicklungsländer zu leisten. Die eidgenössischen Parlamentarier gewährten auf den ersten Anhieb einen Kredit à fonds perdu von 400 Millionen Franken. Die reiche Schweiz hat's und vermag's; also frisch fröhlich 'raus mit dem Geld! «Die AHV-Rentner, Bergbauern und anderen Schweizer, die im Schatten der Hochkonjunktur dahinvegetieren, sollen selber sehen, wie sie aus ihrer Notlage herauskommen. Die Hauptsache ist, dass wir Nationalräte — sprich Verwaltungsräte der Grossindustrie und Hochfinanz — an der Entwicklungshilfe dank der Exportrisikogarantie dick verdienen», denken sich die sogenannten Volksvertreter unter der Kuppel des Bundeshauses zu Bern, indem sie der nächsten Dividendenausschüttung erwartungsvoll entgegensehen. «Wohnungsnot und Mieteraustreibungen am laufenden Band? Kein Geld für den sozialen Wohnungsbau? Ha! Was kümmert's uns; solange der üppig fließende Strom an Tantiemen nicht versiegt und solange unser Eigenheim an den Gestaden eines schönen — leider arg verschmutzten — Schweizer Sees wertmässig zunimmt, brauchen wir uns nicht um die Meinung des helvetischen Stimmviehs zu kümmern», sagen sich die Parlamentarier und streicheln liebevoll ihre prall gefüllte Brieftasche. Bedingungslose «Hilfe» an Entwicklungsländer scheint der grosse «Hit» unserer gnädigen, in Bern tagenden Herren, gleich welcher Parteizugehörigkeit, zu sein.

Gegen vernünftige Hilfe, die wirklich dazu beiträgt, den Lebensstandard der gewöhnlichen Bürger afro-asiatischer oder lateinamerikanischer Länder zu heben, ist sicherlich nichts einzuwenden. Allzu oft aber kommen unsere sauer verdienten Steuerbatzen fast ausschliesslich einer korrupten Ober-

schicht zugute oder einem Staat, der sein Massenelend durch ein archaisches Ordnungsgefüge selbst verschuldet hat.

Das Kaiserreich Aethiopien ist ein Land, das jederzeit gerne bereit ist, den Europäern Moral zu predigen und sich dabei nicht schämt, ihnen gleichzeitig die hohle Hand hinzuhalten. Ueber die Zustände im Reich des Negus berichtete die sicherlich nicht als reaktionär bekannte deutsche Wochenzeitung «Die Zeit» vom 11. Juni 1971 unter anderem:

«Hauptproblem Aethopiens ist die überfällige Landreform. 45 Prozent allen Landes gehören der Kirche, in den Rest teilen sich einige wenige alte adlige Familien und der kaiserliche Hof. Wieviel wem genau gehört, weiss keiner; jeder weiss nur, dass Millionen nichts besitzen: 85 Prozent der äthiopischen Bevölkerung leben auf dem Land. Unzählige Pächter müssen einen relativ hohen Pachtzins abführen: 75 Prozent der Ernte. Kosten, etwa für Kunstdünger, können sie nicht absetzen. Da es kein Kataster gibt, der Landbesitz und seine Besteuerung auf Schätzungen beruhen, sind betrügerischen Manipulationen Tor und Tür geöffnet. Hinzu kommt, dass die Kirche für ihr Land nebst Erträgen keinen Pfennig Steuer zu zahlen braucht.» Ein jüngerer Beamter führte aus: «Unsere gesamte Verwaltung und Planung ist auf den kaiserlichen Hof ausgerichtet und nicht auf die Entwicklung Aethopiens. An eine effiziente Arbeit in den Ministerien ist nicht zu denken. Keiner weiss, was in den Provinzen vor sich geht.» Auf die Frage, ob der Kaiser nichts gegen diese zum Himmel schreienden Zustände unternehmen kann, antwortete ein höherer Beamter mit Pariser Hochschulabschluss: «Ja, sicher. Gegen ihn richtet sich unsere Kritik auch nicht. Aber was kann er schon machen gegen eine Kirche und die Feudalherren? Soll er die Armee mobilisieren?»

Das deutsche Weltblatt führte diesbezüglich weiter aus: «Zu den überkommenen Strukturen, die jede Entwicklung in Aethiopien hemmen, gehört die Kirche. Sie trifft die härteste Kritik. Ein Abteilungsleiter im Planungsministerium fasste zusammen, was auch viele seiner Kollegen in Gesprächen ausdrücken: ‚Die Kirche ist der Hemmschuh in unserem Lande. Sie hält die Einwohner in dem Glauben befangen, dass ihr Schicksal unvermeidbar sei. Sie hält daran fest, dass an den kirchlichen Feiertagen — wir haben davon zwanzig — nicht gearbeitet werden darf. Sie macht ihren Gläubigen weis, das höchste Ziel des Menschen sei es, sich im Gebet zu ergehen, Priester oder Mönch zu werden. Kein Wunder, dass es in unserem Lande von Priestern wimmelt, auch solchen, die weder lesen noch schreiben können — 75 Prozent der Bevölkerung sind ja Analphabeten. Das Geld wird in den Bau von Gotteshäusern gesteckt. Die Kirche weigert sich, Land abzugeben oder auch nur über die Vereinheitlichung des Pachtzinses zu sprechen. Vorsichtig hat jüngst sogar in der offiziellen Zeitung ‚Ethiopian Herald‘ ein Artikel angedeutet, dass auch die Kirche reformbedürftig sei.»

Der sich im allgemeinen äusserst progressiv gebärdende Weltkirchenrat hat sich aber noch nie dazu aufgerafft, dem rückständigen, anmassenden Aethiopien die Leviten zu lesen. Statt dessen ruft er nimmermüde die Nichtkatholiken zu grosszügigen Geldspenden auf, während seine gutbezahlten Funktionäre in Genf im Luxus leben und vom schweizerischen Fiskus — dank ihres internationalen Statuts — nicht geschröpft werden können.

Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn im Schweizerland die ausserparlamentarische Opposition immer mehr an Boden gewinnt und hässliche Krawallszenen bald auf der Tagesordnung sind.

Die Herren National- und Ständeräte mögen sich folgendes Sprichwort zu Herzen nehmen: «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.» Max P. Morf

Religion und Rassismus

Wenn man diese beiden Begriffe vor Augen hält, so denkt man unweigerlich an Südafrika, wo namentlich die von den Holländern abstammenden frommen, protestantischen Buren eine

Politik der getrennten rassischen Entwicklung (Apartheid) betreiben, oder an den amerikanischen Südstaat Alabama, wo der gläubige Christ und Gouverneur George Wallace für die Rassenentrennung kämpft. Andere sehen vielleicht ein typisches Beispiel von Religion und Rassismus im Südsudan, wo eine Schicht muselmanischer Araber über die Sudaner herrscht.

Die Gralshüter der Menschenrechte, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Mahnfinger gegen Südafrika, die «Black Muslims» in den Vereinigten Staaten oder gegen die Befürworter der Initiative Schwarzenbach erheben, hüllen sich jedoch in Schweigen, wenn ein anderer Rassismus — nämlich der jüdische — aufs Tapet kommt. Entweder fürchten sie sich davor, als «Antisemiten» verschrien zu werden, oder sie betrachten den Judaismus als ebenso tabu wie die Inder die heiligen Kühe.

In Israel, also in einem Land, welches sich gerne fortschrittlich und westlich nennt, gibt es immer noch keine Zivilehe. Für Trauungen ist das Rabbinat zuständig wie weiland bei uns das Pfarramt. Im israelischen Parlament hat dieser archaische Zustand zu einer Debatte geführt, wie das in Zürich erscheinende «Israelitische Wochenblatt» vom 30. Juli 1971 berichtete:

«Mit den Stimmen der Koalition lehnte die Knesset einen Antrag des Abgeordneten Avisohar (Staatsliste) auf Einführung der Zivilehe für den Fall ab, dass Paare sich wegen religiöser Hindernisse nicht vor dem Rabbinat trauen lassen können. Die Maarach-Fraktion (Arbeitspartei) veröffentlichte sofort nach der Abstimmung eine Erklärung, dass sie gegen den Antrag gestimmt habe, weil sie eine Koalitionsvereinbarung der Nationalreligiösen zu beachten habe. Es gebe jedoch ernste Probleme im Zivilstandsrecht, bei denen wegen der religiösen Gesetzgebung Ehehindernisse auftreten. Diese müssten eine ‚korrekte und ehrenhafte‘ Lösung finden...» «Religionsminister Wahrhaftig (nationalreligiös) erklärte, die Einführung der Zivilehe würde das ‚jüdische Volk spalten‘, im übrigen seien Ehehindernisse nur in einigen hundert Fällen bei Hunderttausenden von Ehen aufgetreten. Man solle den Umfang des ganzen Komplexes nicht übertreiben. Abgesehen von den drei religiösen Parteien herrschte über die weitere ‚Monopolisierung‘ der Eheschliessung beim Rab-

binat in der Knesset grosses Unbehagen. Dieses entlud sich bei der Debatte über das neue Gesetz über die Wahl der Oberrabbiner. In der Diskussion wurde das Oberrabbinat wegen starrer Haltung in Fragen des Religionsgesetzes von vielen Seiten scharf angegriffen.»

Im ‚Heiligen Land‘ existiert immer noch ein Gesetz, demgemäss ein Mamzer nur einen Mamzer heiraten darf. Mamzer heisst auf deutsch nichts anderes als BASTARD. Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten verschickt den Standesbeamten sogar Namenslisten von Bastarden. Das Gedankengut Adolf Hitlers und Alfred Rosenbergs scheint in Israel fruchtbaren Boden gefunden zu haben — allerdings mit umgekehrten Vorzeichen! Immerhin, dieses Rassengesetz hat nicht nur Anhänger. Eine in Israel durchgeführte Meinungsumfrage hat ergeben, dass 61% der Israeli dessen Aufhebung befürworten; ein Jude aus London hat in einem Leserbrief an den «Jewish Chronicle» geschrieben:

«Ich bin angeekelt!»

(JEWISH CHRONICLE, London, 25. Juni und 23. Juli 1971)

Dasselbe Blatt berichtete in seiner Ausgabe vom 25. 6. 1971 über die amerikanischen Soldaten israelitischer Konfession, welche in Grossbritannien Dienst leisten. So sollen viele von ihnen in England eine nichtjüdische Ehepartnerin gefunden haben oder ausserhalb des Militärlagers mit einem andersgläubigen Mädchen zusammen-

leben. Hauptmann Chaim Schertz, ehemaliger Student einer Jeschiwa und Kandidat der Philosophie, lamentierte diesbezüglich, dass er seit seiner Ankunft in der Armeebasis vor 18 Monaten von fast 25 jüdischen Soldaten um Erlaubnis gefragt worden sei, eine Nichtjüdin heiraten zu dürfen. Hauptmann Schertz macht die Eltern für diese Lage verantwortlich: «Zu Hause wird auf eine jüdische Erziehung zu wenig Wert gelegt. Die Bur-schen verlassen das Elternhaus, um sich der Armee anzuschliessen, ohne über das Judentum und die jüdische Geschichte genügend Kenntnisse zu haben.» «Eine Anzahl jüdischer Soldaten verleugnet sogar ihre Religion und gibt sich als protestantisch oder römisch-katholisch aus.» Pro Jahr finden rund 1500 Heiraten zwischen Amerikanern und Engländerinnen statt. Ein Sprecher der Luftwaffe führte hierzu aus, dass, bevor eine Hochzeit abgehalten werden kann, eine Unterredung zwischen dem Wehrmann und dem Feldprediger stattgefunden haben muss. Dieses Gespräch ist ein absolutes Obligatorium, und jeder jüdische Soldat muss bei seinem Seelsorger vorsprechen.»

In Amerika, dem sogenannten klassischen Land der Freiheit, scheint die Glaubensfreiheit noch in den Kinderschuhen zu stecken. Freuen wir uns aber dennoch, wenn auch jüdische Kreise versuchen, die Fesseln ihrer Rabbinerdiktatur zu sprengen.

Max P. Morf

Arbeitstagung der FVS in Grenchen

Eine stattliche Anzahl von Gesinnungsfreundinnen und Gesinnungsfreunden fand sich am Sonntag, den 19. September in Grenchen ein, um an der diesjährigen Arbeitstagung teilzunehmen. Diese war dem Agnostizismus und Atheismus gewidmet. Gleichzeitig aber galt es die neugegründete Ortsgruppe kennenzulernen. Vielleicht wäre dazu ein weniger hochfliegendes Thema besser geeignet gewesen. Aber unser Zentralpräsident Marcel Bollinger konnte doch Ständerat Vogt und Stadtammann Dr. Rothen als Teilnehmer der Tagung begrüssen, neben mehreren Mitgliedern der Ortsgruppe, die wie ihr Präsident Gesinnungsfreund Schlupe mitteilte — binnen Jahresfrist auf das Vierfache ange-

wachsen ist. Hoffen und wünschen wir, dass sie auch weiterhin so gedeihe! Jedem Teilnehmer wurde von der Ortsgruppe eine kleine Schrift überreicht, die in überaus lebendiger Weise von den ersten Jahren der um 1840 gegründeten Bezirksschule Grenchen erzählt. Besten Dank!

Als erster Redner sprach Gesinnungsfreund Dr. Hans Titze. Er suchte zunächst Klarheit über den Begriff Agnostizismus zu schaffen. Sprachlich kommt das Wort aus dem Griechischen (Agnosis = Nichtwissen, agnostos = unbekannt). Der Agnostiker stellt demnach fest, dass immer noch irgend etwas unbekannt ist und dass es Unerkennbares gibt.

Geschichtlich gesehen hat Thomas